



Mai 2020 / II



Das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 75 Jahren wird jetzt in den verschiedensten Medien gedacht. Zurecht! Leider wird es da bei manchen der wohl *Jungen Historiker* mit Genauigkeit und Sorgfalt, auf die es ja bei der Vermittlung geschichtlicher Themen besonders ankommt, mitunter nicht so genau genommen.



Sowjetisches Plakat von 1941 mit dem Aufruf zur Verteidigung der Heimat



WELTKRIEGSENDE - GEDENKEN VERKÜRZT

In den Sinn kommt einem der Spruch: "Wer zu Großem unterwegs ist, soll sich nicht an Kleinigkeiten stoßen" wenn in der Freien Presse am 28. April (unter der Überschrift "Bis zur totalen Zerstörung") zu lesen war: "Adolf Hitler, der Diktator, starb am 30. April 1945. Doch die Diktatur forderte weiterhin Opfer. Erst eine Woche später endete der Zweite Weltkrieg vor 75 Jahren."

In der 640- Seiten "CHRONIK des 20. Jahrhunderts", kann man dagegen unter dem "Jahr 1945" (Seite 278) lesen:

2. September, Sonntag. Japan kapituliert. Der Zweite Weltkrieg ist zu Ende.
2. September, Sonntag. Nach der Nachricht von der Kapitulation begehen über 200 000 japanische Soldaten rituellen Selbstmord.

Ohne damit die Bedeutung des 8. Mai zu schmälern - es wäre auch eine Chance hierzulande, den eurozentristischen Geschichtsblick auf den Fernen Osten zu weiten.

Unter der Überschrift: "Nichts und niemand ist vergessen" erschien (nd 5.5.2020) ein Interview, das die Journalistin Karlen Vesper mit Bruno Mahlow führte, der als Emigrantenkind den Überfall auf die Sowjetunion und die Befreiung 1945 erlebte.

Darin heißt es: Die Sowjetunion habe ihre im Rahmen der alliierten Koalition eingegangenen Verpflichtungen erfüllt »und **zwei Monate nach dem Sieg in Europa noch einen entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der 6.**

Japanischen Kwantungarmee und zur Befreiung der Mandchurei geleistet«, unterstreicht der Veteran. Wichtig ist ihm ebenso die Richtigstellung: »Gewöhnlich wird der Beginn des Zweiten Weltkriegs auf den 1. September 1939 mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen datiert. Die Vorgeschichte, wie das Münchener Abkommen 1938 und die Geschehnisse im Fernen Osten, die am 7. Juli 1937 begonnene Invasion Japans in China, werden dabei außer Acht gelassen. Ab Mai 1939 tobten blutige Kämpfe am Chalchin Gol.« Bruno Mahlow zitiert ein in Russland geläufiges Wort: »Nikto ne sabyt, nishto ne sabyto.« Niemand ist vergessen, nichts ist vergessen.



Bruno Mahlow kritisiert, dass nicht nur hierzulande die Konferenz von Jalta der »Großen Drei« - Stalin, Churchill und Roosevelt - im Februar 1945 nicht die gebührende Aufmerksamkeit finde. Auf ihr waren die Grundlagen für die Weltnachkriegsordnung fixiert worden. »Polen erhielt zwei Drittel des Territoriums Ostpreußens. Doch die heutige politische Elite Polens bedient sich besonders schamlos der Geschichtsfälschung.« Es gelte Prioritäten zu setzen. »Eine Reihe von Politikern und Staatenlenkern heute haben in diesem Sinne Nachhilfeunterricht bitter nötig.«

Dass der Jahrhundertzeuge mit der Zeit geht, in der Gegenwart lebt, offenbart sein Bedürfnis, sich auch zur Corona-Krise äußern zu wollen. »Eine solche Pandemie gab es noch nie. Sie kann jeden treffen. Sie macht die Existenz der Menschheit zu einer Schicksalsfrage. Zumal sie mit einer umfassenden Krise des Kapitalismus zusammenfällt.« Eine Krise von biologischen, psychologischen, sozialen, gesellschaftlichen und geopolitischen Ausmaßen, so Bruno Mahlow. »Es geht um die Qualität und die Werte des menschlichen Lebens. Und damit stellt sich mit aller Schärfe wieder die Systemfrage. Welche gesellschaftlichen Verhältnisse können den neuen Herausforderungen im Interesse der Menschen gerecht werden?«

Moritz Mebel,
(Jahrgang 1923)

**Über das Kleinreden
der Verdienste der
Roten Armee**



Moritz Mebel hat als Rotarmist dreieinhalb Jahre gegen die Wehrmacht gekämpft:

Das Hitler-Regime hat nach Polen die Sowjetunion überfallen, trotz des Hitler-Stalin-Pakts. Und es hat die fabrikmäßige Vernichtung von Menschen erfunden. Ich selbst habe eine Tante und zwei Cousins in Auschwitz verloren. Sie wurden 1943 deportiert und sofort ins Gas geschickt. ...

Ich habe das Grauen gesehen, das die Nazis über die Sowjetunion gebracht haben. Ich habe von den Deutschen ermordete Kinder gesehen, die sie in einen Ziehbrunnen geworfen hatten, und niedergebrannte Dörfer, in denen nur wenige Bewohner überlebt haben. Und ich sehe immer noch die toten Rotarmisten, aber auch die getöteten Faschisten im Winter 1942/43 auf der nackten Erde liegen. Hunderte, die nicht begraben werden konnten, weil es bitterkalt war.

Es ist infam, auch nur ansatzweise von vergleichbarer Verantwortlichkeit zu sprechen. Diese Resolution des EU-Parlaments, aber auch das dann wegen der Corona-Pandemie abgebrochene Nato-Manöver »Defender 2020« - das ist pure Provokation gegenüber Russland...

Aus nd 8. Mai 2020

ANMERKUNGEN vom Freundeskreis Neue Zeit
Geschichte Chemnitz

ANMERKUNGEN ZUM THEMA

»Nicht nur aus kühlem Geschichtsinteresse« Von Befreiung vom Faschismus war im westdeutschen Staat jahrzehntlang keine Rede. Von Wolfgang Hübner

Wenn es um das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik Deutschland geht, wird oft und gern auf die Rede Richard von Weizsäckers 1985 verwiesen. Der CDU-Politiker, damals seit einem Jahr Bundespräsident, sprach am 8. Mai bei einer Gedenkstunde im Plenarsaal des Bundestages. »Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft« war die Rede überschrieben, die als Meilenstein der westdeutschen Geschichtsbetrachtung gilt - die bis dahin vor allem von Verharmlosen, Schönreden und Verschweigen geprägt war.

Weizsäcker bezeichnete in seiner Rede den 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.« Das waren ungewohnte Töne. Befreiung vom Faschismus - das war die in der DDR längst übliche Bezeichnung; im westdeutschen Staat war bis dahin von Befreiung so gut wie keine Rede gewesen, schon gar nicht bei Konservativen.

»**Vergangenheit in die Versenkung**«
Ohnehin beschäftigte sich die westdeutsche Gesellschaft nur ungern mit der faschistischen Vergangenheit. Die Kontinuitäten aus dem Nazi-Staat, ideell und personell, wirkten über Jahrzehnte fort; nicht als Begleiterscheinung, sondern als sinnstiftende Traditionslinie. Auch auf Weizäckers zweifellos mutige Rede sollten wütende Beißreflexe folgen. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß beispielsweise forderte, die Vergangenheit »in der Versenkung« verschwinden zu lassen, denn »die ewige Vergangenheitsbewältigung als gesellschaftliche Dauerbüßeraufgabe« lähme ein Volk nur. Die Rede Weizäckers hatte freilich ihre Vorgeschichte. Sie wäre in dieser Form nicht denkbar gewesen ohne den Aufbruch von 1968,

ohne die Fragen der Nachkriegsgeneration nach der Schuld und Verantwortung der Eltern. Bei der Bundestagswahl im März 1983 hatten es die Grünen, die wichtigste politische Stimme der 68er, erstmals in den Bundestag geschafft. Eine Revolution im westdeutschen Parteien- und Parlamentssystem.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hielt 1985 seine vielbeachtete Rede im Bundestag während der Feierstunde zum Ende des 2. Weltkrieges.

Foto: picture alliance



Nur wenige Woche später versuchte die Grünen-Fraktion, eine - so das Protokoll - Sondersitzung des Bundestags »aus Anlass des 38. Jahrestages des Endes der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkrieges« durchzusetzen. Im Ältestenrat des Parlaments war das Ansinnen abgelehnt worden, deshalb setzten es die Grünen auf die Tagesordnung der nächsten Plenartagung am 5. Mai.

Für die Grünen erinnerte Jürgen Reents - der vom Kommunistischen Bund zu dem neuen Parteiprojekt gekommen war und viel später sehr lange Chefredakteur des »neuen deutschland« sein sollte - daran, dass der Bundestag »seine Existenz der Tatsache verdankt, dass am 8. Mai 1945 der Faschismus hier zu Ende gegangen ist und dass es deswegen eigentlich der erste Anlass eines solchen Parlaments sein sollte, darüber genauer nachzudenken und darüber auch eine Diskussion zu führen«.

Wenn die Debatte ernsthaft geführt würde
Die Grünen ahnten, dass sie im Parlamentsplenum keine Mehrheit für ihren Vorschlag finden würden. »Vielleicht hängt das auch damit zusammen«, so Reents damals im Bundestag, »dass eine Debatte über das Ende der faschistischen Herrschaft, wenn sie ernsthaft und nicht nur aus kühlem Geschichtsinteresse geführt wird, allerdings auch thematisieren würde, inwieweit der Faschismus in diesem Land tatsächlich verarbeitet ist ... oder inwieweit es in diesem Land, vielleicht in letzter Zeit sogar vermehrt, wieder Einbruchstellen für den Faschismus geben kann.«
Reents' Parlamentsrede, die gegen Dauerlärm aus den anderen Fraktionen anzukämpfen hatte, stieß letztlich auf geballte Ablehnung. Für die CDU/CSU verstieg sich Wolfgang Schäuble zu dem Hinweis, niemand solle den

8. Mai »politisch missbrauchen«. Der SPD-Abgeordnete Volker Hauff erinnerte daran, dass der Bundestag ja immerhin am 8. Mai 1970 (!) eine Gedenkveranstaltung abgehalten habe. Damals übrigens hatten neben anderen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und der CDU-Abgeordnete Richard von Weizsäcker gesprochen. Von Befreiung war bei niemandem die Rede, weder 1970 noch 1983. Das blieb - jedenfalls für den Westen Deutschlands - der Weizsäcker-Rede von 1985 vorbehalten.
(nd 8.5.2020)



Ludolf Middendorf
(1916 - 1987)
Als Mann von der „Paulus-Seydlitz-Truppe“ (NKFD) in Ascheberg / Westfalen unerwünscht und verachtet

Nach dem 8. Mai 1945, wir hatten in Gelenau / Erzgeb. geheiratet, machten wir uns, meiner jungen Frau Margot und ich, auf den Weg nach meinem Geburtsort Ascheberg / Westfalen. Als ich dort von meiner Mitarbeiter im Nationalkomitees "Freies Deutschland" hinter der sowjetischen Front und im Hinterland berichtete und mich gar noch als gerade eingesetzter Bürgermeister von Gelenauer / Erzgebirge - also in der Sowjetzone - vorstellte, schlossen sich so manche Fensterläden vor uns. Einige gingen vor uns auf die andere Straßenseite.

Mit den „Verrätern von der Paulus-Seydlitz-Truppe“ (gemeint war das NKFD) wollte sie nichts zu tun haben. Kritische Betrachtung der Nazi- Zeit? - Kein Wille, keine Veranlassung! Bald schon war von Adenauer zu hören: Es muss nun mal Schluss sein, mit der "Nazi- Riecherei".

Ludolf Middendorf, 1916 in Ascheberg/ Westfalen geboren – gestorben 1987 in Karl-Marx-Stadt/ gelernter Schriftsetzer / Sept. 1945 heiratet mit Schreibkraft Margot (geb. 1926), Nach Bürgermeister in Gelenau stellv. Bürgermeister in Annaberg, ab Anfang der 1950er Jahre im Bereich der Landwirtschaft tätig.
Herbst 1943. Rückzug, verbrannte Erde, Misshandlungen und Erschießungen sowjetischer Bürger - das war das Bild des faschistischen

Krieges. "All das erlebte ich mit, und es veranlasste mich zu dem Entschluss, zur Roten Armee überzulaufen.

Von der Existenz des Nationalkomitees "Freies Deutschland" erfuhr ich erstmalig in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft. Ich kam zum Bevollmächtigten des Nationalkomitees der 3. Ukrainischen Front, Oberleutnant Charisius. Ich selbst arbeitete in unserer Druckerei, in der wir Flugblätter für deutsche Soldaten herstellten. Die Aufgabe der deutschen Antifaschisten: Im Kampf für ein freies Deutschland, wie soll es nach dem Krieg in Deutschland weitergehen.

Ende Februar 1945 sprang unsere Gruppe bei Wien ab. Diese Gruppe arbeitete bei und in Wien, in Thüringen und Sachsen."

Ortschronik Gelenau: Noch am Abend des 8. Mai besetzten einige Genossen das Rathaus und am 9. Mai wurde auf dem Rathaus die rote Fahne gehisst.

Der mit dem Fallschirm abgesprungene Ludolf Middendorf konnte sich bei der Roten Armee mit einem schmalen Stoffstreifen als Angehöriger des Nationalkomitees Freies Deutschland ausweisen und wurde daraufhin als kommissarischer Bürgermeister für Gelenau eingesetzt.

Aus **AUFGEMERKT & ANGEMERKT** / Nr. 8 / 10 / 2016

Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, zur Ausstellungseröffnung "Die Rosenberg - Das Bundesjustizministerium im Schatten der NS-Vergangenheit" in der TU Chemnitz



„ Dass das Bundesjustizministerium sogar einem Kriegsverbrecher, der für die Vernichtung tausender griechische Juden verantwortlich war, dienstlichen Unterschlupf gewährte und ihn der Strafverfolgung entzogen hatte, lässt sich mit nichts rechtfertigen und niemandem erklären.

Zahlreiche frühere NS-Funktionäre setzten auf der Rosenberg (In der Rosenberg, einer Villa in Bonn, hatte das Bundesjustizministerium von 1950 bis 1973 seinen Sitz) ihre Karriere ohne Schwierigkeiten fort, weil sie sich als unpolitische Rechtstechniker verstanden und auch als solche akzeptiert wurden. Ihre Vergangenheit wurde kollektiv beschwiegen. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie fand nicht statt."